

(A) (Schauerte [CDU])

(Zuruf von der SPD: Ist das eine persönliche Erklärung?)

sie handelten wie vaterlandslose Gesellen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Friebe:** Herr Schauerte, bei dem geschichtlichen Hintergrund, den gerade diese Äußerung hat, muß ich das ebenfalls - genau wie ich das bei Herrn Dr. Busch vorhin gemacht habe - zurückweisen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **Abstimmung**;

(Unruhe - Abgeordneter  
Dr. Linssen [CDU]: Das hat ein Nachspiel,  
Frau Präsidentin.)

(B) und zwar lasse ich zunächst abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2488 der vorsieht, den Wortlaut des Abschnittes 4 des Antrages der SPD-Fraktion zu ändern. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung** über die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses, wonach der Antrag der Fraktion der SPD angenommen werden soll.

Wer für diese **Beschlußempfehlung** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, die **Beschlußempfehlung** und damit der **Antrag** der SPD ist **angenommen**.

(C)

Ich rufe **Punkt 5** auf:

**Siebtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/2030

Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses

Drucksache 11/2667

zweite Lesung

Ich eröffne die **Beratung** und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hardt für die Fraktion der CDU.

**Abgeordneter Hardt (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der ersten Lesung dieses Gesetzes habe ich für die CDU-Landtagsfraktion einige Positionen grundsätzlicher Art angesprochen, so daß ich mich heute auf einige Bemerkungen beschränken kann. Dies ist schon deshalb vertretbar, weil zwischen der ersten und zweiten Lesung keinerlei Veränderungen an diesem Gesetzentwurf vorgenommen worden sind. (D)

Für die CDU-Landtagsfraktion erkläre ich: Wir haben uns im Rahmen der Anhebung unserer Diäten um 4,7 % auf 7 530 DM aufgrund des Berichts der Präsidentin über die Angemessenheit der Abgeordneten-Entschädigungen Drucksache 11/1920 verantwortungsvoll verhalten - verantwortungsvoll deshalb, weil wir - erstens - anders als bei den Tarifpartnern die prozentuale Steigerung der Indikatoren - das sind die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne von Arbeitern, und das sind die Bruttobezüge von Angestellten aus dem Industrie- und Dienstleistungsbereich - aus dem Jahre 1990 für unsere Diätenerhöhung für das Jahr 1992 zugrunde gelegt haben, weil wir - zweitens - wie der öffentliche Dienst einen zweimonatigen Solidaritätsbeitrag leisten wollen - deshalb beginnt die Erhöhung nicht am 1. Januar, sondern am 1. März 1992 - und weil - drittens - die zu versteu-

**(A)** (Hardt [CDU])

ernde Entschädigung auch diesmal wieder von 12 Monatsbezügen ausgeht; es geht also nicht, wie oft irrigerweise angenommen wird, um 13 Bezüge, wie es bei Löhnen und Gehältern normalerweise der Fall ist.

Wir liegen im Verhältnis zu den Bundestagsabgeordneten - das ist aufgrund des Diäten-Urteils wichtig, weil wir bis zu 90 % herangehen können - bei 74,7 %, befinden uns also im unteren Geleitzug bei den Diätenerhöhungen in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt.

Die von der GRÜNEN-Fraktion im Hauptausschuß beantragte öffentliche Anhörung zu dieser Diätenerhöhung haben wir, Herr Kollege Vesper, auch deshalb abgelehnt, weil wir keinerlei strukturelle Veränderungen in diesem Gesetzentwurf vorgenommen haben. Hier geht es nur um die lineare Erhöhung, die in § 23 des Abgeordnetengesetzes normiert ist. Der Beschluß hat nur die prozentuale lineare Erhöhung zum Inhalt; mehr steht in dieser zweiten Lesung nicht zur Abstimmung.

Ich glaube schließlich auch das sagen zu dürfen: Wir brauchen uns dieser bescheidenen Erhöhung der Entschädigung nicht zu schämen. Wir stimmen dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zu.

**(B)**

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Vesper das Wort.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Erhöhung - das habe ich schon in der ersten Lesung gesagt - ist im Vergleich - ich betone: im Vergleich - relativ maßvoll. Aber sie ist nicht ganz so maßvoll, wie es in dem Bericht Drucksache 11/2667 zum Ausdruck kommt. Es handelt sich nicht um 2,5 %, sondern um 4,7 %.

(Zuruf des Abgeordneter Hardt [CDU])

- Ich rede jetzt von den Diäten.

**(C)**

Wir bedauern, daß es die Anhörung, die wir vorgeschlagen haben, nicht gegeben hat. Wir hätten sie begrüßt. In verschiedenen Landesparlamenten sind Klagen anhängig, und grundsätzliche Klärungen des Status der Abgeordneten-Entschädigungen sind notwendig. Man sollte durchaus auch einmal darüber diskutieren, ob man nicht Umstrukturierungen vornimmt und zum Beispiel alles Geld, das wir bekommen, der Steuerpflicht unterlegt. Das sollte man diskutieren. Ich sage nicht, daß man es so machen soll; aber es wäre sicherlich sinnvoll, wenn wir zu solchen Fragen einmal eine öffentliche Anhörung durchführen würden.

Herr Hardt, Sie sprachen davon, die Erhöhung sei verantwortungsvoll. Verantwortungsvoller wäre es angesichts der Situation in den neuen Ländern und der großen sozialen Probleme, die wir zu bewältigen haben, gewesen, symbolisch deutlich zu machen, daß auch die Abgeordneten daran tragen, indem sie in diesem Jahr auf eine Erhöhung verzichten.

(Zurufe von SPD und CDU)

Wir sind gegen die Diätenerhöhung; die Argumente habe ich in der ersten Lesung im einzelnen vorgetragen. An ihnen hat sich nichts geändert. Wir werden den Gesetzentwurf ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**(D)**

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Tschoeltsch das Wort.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die augenblicklichen Tarifverhandlungen weisen eine Forderung von über 10 % auf; die in den letzten Monaten erfolgten Tarifabschlüsse lagen bei 7 bis 8 %. Der Sachverständigenrat in Bonn und andere haben, wie wir wissen, mahnend den Finger erhoben und gesagt, es müsse eine 4 vor dem Komma stehen. Wir heben unsere Diäten um 4,7 % und die Pauschalen um 4,4 % an. Mit dieser maßvollen Anhebung brauchen wir uns nicht zu verstecken.

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.]

Ich plädiere dafür - und insofern appelliere ich an alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hause -, daß wir uns in der Diskussion über das Thema "Diätenerhöhungen" viel offensiver verhalten. Wir haben nichts zu verbergen, auch nicht im Einkommensvergleich zu anderen Berufsgruppen. Ich verstehe nicht, wenn mancher in der Diskussion bereits mit einer Entschuldigung beginnt.

(Zustimmung bei F.D.P., SPD und CDU)

Es gibt viele Möglichkeiten, Geld zu sparen. An dieser Stelle sollte man das - ich sage das so deutlich -, wenn man sich maßvoll verhält, nicht tun.

Nachdem im Neudruck der Drucksache aus der "Abgeordneten-Beschädigung" eine "Abgeordneten-Entschädigung" wurde, stimmen wir dem Gesetz auch zu.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Wendzinski das Wort.

(B)

**Abgeordneter Wendzinski (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion zum Diätengesetz haben wir bereits bei der Einbringung des gemeinsamen Antrags von SPD, CDU und F.D.P. hier sehr ausführlich geführt.

Ich will nur in wenigen Punkten erläutern, worum es uns, der SPD, geht.

Erstens: Wir haben in Absprache mit der Präsidentin eine öffentliche Diskussion geführt. Der Bericht der Präsidentin ist früh genug eingebracht worden. Es gab eine lange Zeit der Diskussion. Es ist nichts in einem Schnellgang oder heimlich durchgezogen worden.

Zweitens: Wir haben eine Fürsorgepflicht,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Für uns selbst!)

(C)

auch für die Parlamentarier hier im Raum. Wir haben eine Fürsorgepflicht für die Familien. Ein Politiker ist genauso zu sehen wie jemand, der im Berufsleben im öffentlichen Dienst oder in der freien Wirtschaft steht.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir können keine Unterschiede machen. Wir müssen garantieren, müssen sicherstellen, daß möglichst alle Berufsgruppen in diesem Parlament vertreten sind, nicht nur diejenigen, die sich erlauben können, auf ein kleines Salär hinunterzugehen, weil sie andere Einnahmen haben, sei es von Konzernen, sei es, weil sie ein großes Privatvermögen besitzen und sich den "Luxus" eines Parlamentssitzes erlauben können. Wir sind eine Volksvertretung und keine Vertretung einiger weniger Reicher.

Drittens: Wir haben auch keinen Tarifpartner. Deshalb müssen wir die Erhöhungen hier selbst vornehmen. Deshalb hat die Präsidentin eine Vorlage gemacht. Die Erhöhung um 4,7 % ist sehr mäßig. Sie basiert auf den Kostensteigerungen des Jahres 1990, wird aber erst 1992 gezahlt. Das ist eine Zeitverzögerung um zwei Jahre.

Ich möchte auch das von Herrn Hardt vorgetragene Argument unterstreichen. Das Bundesverfassungsgericht hat uns in einem Urteil 1975 dargelegt: Ein Landespolitiker hat Anspruch auf bis zu 90 % der Diäten, die ein Bundestagsabgeordneter erhält. Wir liegen immer noch bei 73 oder 78 %.

(D)

(Abgeordneter Hardt [CDU]: 74,7 %!)

- Bei 74,7 %. Theoretisch wäre eine Steigerung um 15,3 % möglich, ohne daß wir die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Grenze überschreiten würden.

**Präsidentin Friebe:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rösenberg?

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Wenn das sein muß!)

- Bitte schön!

(A)

**Abgeordneter Rösenberg (CDU):** Herr Kollege Wendzinski, stimmen Sie mir zu, daß das zu versteuere Einkommen, die Diät eines Landtagsabgeordneten, in seiner Höhe etwa der der Gehaltsgruppe A 16 entspricht, d. h. analog etwa der eines stellvertretenden Stadtdirektors einer kleinen Landgemeinde?

**Abgeordneter Wendzinski (SPD):** Herr Kollege, ich kann Ihnen da nicht zustimmen, weil ich diese Zahlenbeispiele bei der Einbringung hier vorgetragen habe. Jemand, der in Düsseldorf beschäftigt ist, im Ministerium bzw. hier im Landtag, der drei Kinder hat, verdient mehr als wir in diesem Parlament. Von daher haben wir eine der Besoldungsgruppe A 14 vergleichbare Größe. Sie haben schon sehr hoch gegriffen. Also: A 14, im Grenzfall A 15! Das ist die Gehaltskategorie, die hier im Parlament in Betracht kommt.

Sie, Herr Dr. Vesper, sagen mit einem leichten Schlenker, man könne das als Solidaritätsbeitrag abgeben.

(Zurufe von der SPD)

(B)

Alle, besonders die Abgeordneten der SPD-Fraktion, zahlen unwahrscheinlich viele Solidaritätsbeiträge. Ich will das hier nicht alles erwähnen. Unsere Mitglieder sind engagiert in Bürgergruppen, in Dritte-Welt-Ländern oder in Umweltschutzinitiativen usw. Sie zahlen neben dem, was Sie als Solidaritätsbeitrag an die Partei abführen, sehr hohe Beiträge.

Herr Dr. Vesper, damit Sie sich nicht beschweren, ich hätte Sie wiederum angegriffen, muß ich Ihnen doch sagen: Wenn Sie hier stets ablehnen und abschließend doch kassieren, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns nachweisen würden, wohin Sie die Gelder, die Sie alle nicht haben wollen, gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Recht herzlichen Dank!

**Präsidentin Friebe:** Ich erteile Herrn Dr. Vesper für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

(C)

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wendzinski, es tut mir leid, daß ich Sie daran erinnern muß, daß ich Ihnen bei der ersten Lesung einen Bericht unseres Ökofonds überreicht habe - alle Kolleginnen und Kollegen sind meine Zeugen dafür -, in dem detailliert belegt ist, für welche Projekte die Gelder, die wir abführen, verwendet werden.

Ich möchte, gerade weil wir heute so ausführlich über Sprache geredet haben, hinzufügen: Es mag Ihnen ja nicht passen, daß wir eine abweichende Meinung zu diesem Gesetzentwurf haben. Sie können das auch kritisieren, daß wir eben diese Meinung haben. Aber wenn Herr Abgeordneter Henning vorhin zwischengerufen hat: "scheinheilig" - das ist wohl noch der freundlichste Begriff, der gefallen ist -, dann ist das etwas, was wir nicht nur an dieser Stelle vermeiden sollten.

**Präsidentin Friebe:** Ich darf Ihnen an dieser Stelle sagen, daß ich dieses nicht gehört habe, daß ich aber das Protokoll daraufhin prüfen werde. Wenn es so stimmt, werde ich daraus auch Konsequenzen ziehen.

(Unruhe)

(D)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung der **Beschlußempfehlung** des Hauptausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Drei! Enthält sich jemand der Stimme? - Das Gesetz ist so **verabschiedet**.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Wahlkreisgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/2574

erste Lesung